Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 400. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 400 mit Postbestellgeld.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Postscheckkonto Nr. 24 bei der Oberamtssparkasse Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum i. Bezirk 28.- ℳ, außerhalb desselben 30.- ℳ einschließl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunftserteilung 15 Mk. Reklame-Zeile 70 ℳ.

Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 291. | Neuenbürg, Dienstag, den 12. Dezember 1922. | 80. Jahrgang.

Deutschland.

Der Reichskanzler über die Befreiung der Rheinlande.

Der Reichskanzler sagte den Vertretern der rheinischen Zeitungen: Ich habe bereits am vergangenen Sonntag betont und will es heute nochmals tun, daß die Reichsregierung unverrückbar bei ihrer im Reichstag abgegebenen Erklärung bleibt. Keine deutsche Regierung kann einen anderen Standpunkt einnehmen, denn **die Preisgabe des Rheinlandes wäre das Ende des Deutschen Reiches.** Hier handelt es sich um eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Unsere Politik muß als eines der Hauptziele im Auge haben, die jetzt noch von fremden Heeren besetzten Gebiete sobald als möglich von dieser Last zu befreien. Für uns gilt, daß alles, was geschehen muß und geschehen kann, im Hinblick auf das große Ziel geschieht, das jedem Deutschen vor allem sicherlich am Herzen liegt: **die Befreiung der Rheinlande!** Damit komme ich zu der Frage, wann dem Rheinland diese Stunde schlagen wird. Wir haben mehrfach aus beachtenswertem Munde die Bestimmungen des Versailler Vertrags dahin auslegen hören, daß die für die Besetzung der Rheinlande vorgesehene Frist von 15 Jahren wegen mangelnder Erfüllung des Vertrages noch nicht zu laufen begonnen habe. **Diese Auslegungsversuche sind mit den einschlägigen Artikeln des Versailler Vertrages unvereinbar.** Den Zeitpunkt, von dem ab die Besetzung zu berechnen ist, bestimmt der Artikel 428 in unzweideutiger Weise: Es ist der Tag des Inkrafttretens des Vertrages selbst. Dieses erste Protokoll ist aber am 10. Januar 1920 errichtet worden. Hiernach haben die Fristen für die Besetzung der Rheinlande am 10. Januar 1920 begonnen. **Deutschland hat demnach einen vertraglich verbürgten Rechtsanspruch darauf, daß mit Ablauf des 9. Januar 1925 der Brückenkopf von Köln und die übrigen im Artikel 429 genannten Gebiete geräumt werden. Mit Ablauf des 9. Januar 1930 müssen der Brückenkopf von Koblenz und die übrigen im Versailler Vertrag genau bezeichneten Gebiete geräumt sein, und mit dem Ablauf des 9. Januar 1935 muß der letzte Soldat der alliierten und assoziierten Mächte das besetzte Gebiet verlassen haben!** Dieser Rechtsanspruch ist nur einer Einschränkung unterworfen, die im Schlußabsatz von Artikel 429 des Vertrags dahin festgelegt ist, daß die Zurückziehung der Besatzungstruppen im gewissen Umfange aufgeschoben werden kann, wenn nach Ablauf der 15jährigen Besetzungsfrist die alliierten und assoziierten Regierungen die Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht als hinreichend erachten. Voraussetzung für eine Verlängerung der 15jährigen Besetzung ist hiernach, daß von den alliierten und assoziierten Regierungen – nicht etwa von den Regierungen der Besatzungsmächte oder gar von einer dieser Regierungen, etwa der französischen – bei Ablauf der Besetzungsfrist ausdrücklich die Feststellung getroffen wird, daß gegen einen Angriff der erwähnten Art keine hinreichende Sicherheit besteht. **Im Hinblick auf unsere Entwaffnung kann diese einzige Einschränkung nicht geltend gemacht werden,** die mit dem Fristverlauf im übrigen nichts zu tun hat.

Ausland.

Warschau, 11. Dez. Der ehemalige Professor am Polytechnikum Warschau, Gabriel Narutowicz, wurde zum Präsidenten der Republik Polen gewählt.

London, 10. Dez. Die englische Seepolizei beschlagnahmte auf einem Dampfer 12 400 Patronen und Stoffe zur Herstellung von Sprengmaterial, die aus Amerika in Kisten unter falscher Bezeichnung gesandt worden waren.

Warnungen Tschitscherins an die Türken.

Lausanne, 11. Dez. Tschitscherin sprach gestern vor den türkischen Journalisten über die Meerengen-Frage. Er warnte die Türken davor, den Westmächten zu vertrauen, da sie die Türkei um die Vorteile ihres Sieges bringen wollten. Das französische Nachgeben gegenüber dem englischen Standpunkt ist auf ein Tauschgeschäft in der Reparationsfrage zurückzuführen. Aber Frankreich werde in London eine Enttäuschung erleben, das englische Volk werde die Verwirklichung der französischen Forderung nicht zulassen. Er beharrte energisch auf dem Standpunkt Rußlands. Wenn die Meerengen nicht befestigt und wenn sie nicht geschlossen werden, blieben die Türkei und Rußland ständig bedroht, und da die Alliierten Absichten auf den Kaukasus hätten, würde schließlich die Türkei eingekreist werden.

Auf die Frage eines türkischen Journalisten, ob er irgendwie sein Bedauern über die Haltung der türkischen Delegation ausgesprochen habe, antwortete Tschitscherin, es scheine allerdings, daß die Türkei sich in das Netz der französisch-englischen Interessen und vor allem der englischen Interessen verwickeln lasse. Er könne dies aber ohne jegliche Bitterkeit sagen, da die im gemeinsamen Kampfe gestählte türkisch-russische Freundschaft so stark sei, daß man die gegenwärtige Situation nur als eine vorübergehende Wolke betrachten könne.

Einstimmige Ablehnung der deutschen Vorschläge durch die Alliierten.

London, 11. Dez. Reuter meldet: Mussolini erklärte gestern in einer Unterredung, daß die Alliierten einstimmig die deutschen Vorschläge verworfen hätten.

Paris, 11. Dez. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas berichtet aus London, die Beratungen der Premierminister hätten gestern nachmittag um 3 Uhr ihren Anfang genommen und seien um 6½ Uhr abgeschlossen worden. Die Vorschläge der deutschen Regierung, die vorgestern dem Foreign Office übermittelt worden seien, seien an erster Stelle geprüft worden. Es sei einstimmig entschieden worden, daß die Vorschläge nicht die Grundlage einer Verständigung bilden könnten.

Mussolinis Reparationsplan.

Paris, 11. Dez. Das gestern von Mussolini unterbreitete Memorandum enthält folgende vier Vorschläge:

1. Erlaß der alliierten Kriegsschulden und entsprechende Herabsetzung der deutschen Zahlungsverpflichtungen. 2. Bewilligung eines Moratoriums für Deutschland für die Dauer von zwei Jahren mit Festsetzung von Garantien, die im Falle der Nichterfüllung der vorgeschriebenen Bedingungen in Kraft zu treten hätten. 3. Die Ausgabe einer ersten Anleihe für die Zeit des Moratoriums und die Verwendung eines Teils dieser Anleihe für die dringendsten Bedürfnisse Deutschlands und für die Hebung der Mark, sowie eines anderen Teils für die Alliierten. Diese Anleihe müßte genügend groß sein, um den Betrag der belgischen Priorität in Höhe von 550 Millionen Goldmark zu begleichen und eine bedeutende Summe zur Teilung unter den Alliierten übrig zu behalten. 4. Ausgabe einer größeren Anleihe nach Wiederherstellung des deutschen Kredits zu dem Zwecke, um eine Generalabrechnung vornehmen zu können.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

— Durch Entschließung des Herrn Staatspräsidenten ist eine erledigte Obersekretärstelle bei dem Oberamt Nagold dem Verwaltungspraktikanten Alfred Bohlinger beim Oberamt Neuenbürg übertragen worden.

Neuenbürg, 11. Dez. Damit auch jene nicht alle werden, die ihr Licht besonders leuchten lassen, gab ein Wähler folgenden Zettel ab: „Ihr seid uns nichts, und euer Tun ist auch nichts, und euch zu wählen ist ein Greuel." Es muß auch solche Käuze geben. Wenn aber Geschäftsleute und Handwerksmeister nicht ihrer Wahlpflicht genügen, vermutlich aus Verärgerung vor 3 Jahren, so ist das unverzeihlich. Zu wünschen bleibt die Schaffung eines Gesetzes, welches die Veröffentlichung all Jener verfügt, die ihre Wahlpflicht nicht erfüllten.

Die neuen Post- und Telegraphengebühren.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 15. Dezember 1922 an im Post-, Postscheck- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

für **Postkarten** im Ortsverkehr 5 Mark, im Fernverkehr 15 Mark;

für **Briefe** im Ortsverkehr bis 20 Gramm 10 Mark, über 20 bis 100 Gramm 15 Mark, über 100 bis 250 Gramm 25 Mark; für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 25 Mark, über 20 bis 100 Gramm 35 Mark, über 100 bis 250 Gramm 45 Mark;

für **Drucksachen** bis 25 Gramm 5 Mark, über 25 bis 50 Gramm 10 usw. bis 1 Kilogramm zu 45 Mark, für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite außer der Adresse höchstens 5 Worte stehen, 5 Mark;

für **Päckchen** bis 1 Kilogramm 50 Mark, für **Pakete** bis 5 Kilogramm in der Nahzone 125 Mark, in der Fernzone 250 Mark, über 5 bis 6 Kilogramm 150 bzw. 300 Mark usw. bis zu 20 Kilogramm 850 bzw. 1700 Mark;

für **Wertsendungen** (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgebühr, die beträgt für je 3000 Mark 20 Mark;

für **Postanweisungen** bis 100 Mark 12 Mark, über 100 bis 200 Mark 20 Mark, über 200 bis 500 Mark 30 Mark usw. bis zum Betrage von 5000—20 000 80 Mark.

Die **Einschreibgebühr** ist auf 20 Mark, die Vorzeigegebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 12 Mark festgesetzt.

Für die **Eilbestellung** sind bei Vorauszahlung zu entrichten für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 30 Mark, nach dem Landbestellbezirk 90, für Pakete 60 bzw. 120 Mark;

für bar eingezahlte **Zahlkarten** bis 100 Mark einschl. 6 Mark, über 100 bis 200 Mk. 10 Mark, über 200 bis 500 Mark einschl. 15 Mark usw. bis zu 20 000 Mark 30 Mark, für je weitere 10 000 Mark oder einen Teil dieser Summe mehr 20 Mark.

Im **Telegraphenverkehr** sind die wichtigsten Gebühren für Ferntelegramm-Grundgebühr 40 Mark und außerdem für jedes Wort 20 Mark, für Ortstelegramme Grundgebühr 20 Mark und außerdem für jedes Wort 10 Mark, für Zustellung bei ungenügender Anschrift 30 Mark, für abgekürzte Telegrammanschriften jährlich 3000 Mark.

Die **Auslandsgebühren** betragen vom 15. Dezember ab: für Postkarten 50 Mark, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 40 Mark; für Briefe bis 20 Gramm 80 Mark, jede weiteren 20 Gramm 40 Mark (Meistgewicht 2 Kilo), jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 60 Mark, je weiteren 20 Gramm 40 Mark, für Drucksachen für je 50 Gramm 15 Mark, für Blindenschriftsendungen für je 500 Gramm 5 Mark (Meistgewicht 3 Kilogramm).

Württemberg.

Nagold, 11. Dez. (Gemeinderats-Wahl.) Bei der am Samstag stattgefundenen Gemeinderatswahl haben von 2183 Wahlberechtigten 1677 abgestimmt, gleich 76 Prozent. Da die Stimmzettel fast alle abgeändert waren, war das Zählgeschäft überaus mühsam und wurde, trotzdem bis Samstag Nacht 12½ Uhr gearbeitet wurde, erst Sonntag Mittag 2 Uhr beendet. Gewählt sind auf die nächsten 6 Jahre: von Wahlvorschlag der bürgerl. Wähler Vereinigung I Strenger Heinr., Konditor, Harr, Wilh., Seifenfabrikant und Weitbrecht, Wilh., Tuchfabrikant, von der bürgerl. Wahlvereinigung II Gabel, Friedrich, Möbelfabrikant und Baisch, Ludwig, Landwirt und von der sozialdemokr. Partei: Ilg, Josef, Kettenmacher, Gauß, Fritz, Schlossermeister und Walz, Joan, Malermeister. Der Wahlvorschlag der Komm. Partei ging leer aus.

Stuttgart, 11. Dez. (Amtliches Wahlergebnis.) Bei der gestrigen Gemeinderatswahl haben 51,72 Prozent der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht ausgeübt. Für die politischen Parteien wurden abgegeben: 24 399 Stimmen für die Bürgerpartei, 13 984 Stimmen für die Deutsche Volkspartei, 20 598 Stimmen für die Deutsch-Demokratische Partei, 9017 Stimmen für das Zentrum, 24 140 Stimmen für die Sozialdemokratie, 16361 Stimmen für die Kommunisten, außerdem für die Turn- und Sportvereine 1400 Stimmen. Es entfallen demnach auf die Bürgerpartei 7 Sitze (bisher 5), auf die Deutsche Volkspartei 4 (4), auf die Deutsch-Demokratische Partei 6 (10), auf das Zentrum 2 (2), auf die Sozialdemokratie 7 (11), auf die Kommunisten 4 (2). Die Turn- und Sportvereine gehen leer aus.

Schramberg, 11. Dez. (Verkehrsstörungen.) Infolge Niedergangs großer Schneemassen mußte der Verkehr auf der Kraftpostlinie St. Georgen-Schramberg eingestellt werden. Auch können die Postautos nach Oberndorf und Rottweil nicht verkehren.

Tübingen, 11. Dez. (Jugend von heute.) Der von Kirchentellinsfurt gebürtige, in Rommelsbach wohnhafte, 17jährige Weber Adolf Henes, war vor der Strafkammer beschuldigt, auf der Straße ein 10jähriges Mädchen auf den Boden geworfen und versucht zu haben, an dem Mädchen unsittliche Handlungen vorzunehmen, an deren Ausführung er aber durch das laute Schreien des Mädchens verhindert wurde. Da das Mädchen bestimmt sagte, daß der Angeklagte nicht derjenige sei, der sie überfallen habe, wurde Henes freigesprochen. Er hatte sich aber auch einer alten Frau und drei Mädchen gegenüber in schamloser und gemeiner Weise aufgeführt und ihnen unsittliche Anträge gemacht. Dafür wurde er zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ebingen, 11. Dez. (Eingeschneit.) Der Schneefall war in den letzten Tagen so stark, daß die Postautomobile, die den Verkehr zwischen Ebingen—Heuberg und Ebingen—Bitz vermitteln, nicht mehr regelmäßig fahren können.

Kappel OA. Riedlingen, 11. Dez. (Tödlicher Unglücksfall.) Der 60jährige Landwirt Josef Miehle war in der Kiesgrube mit Kieswerfen beschäftigt, wobei sich eine starke Kieswand loslöste und Miehle zudeckte. Ein nachrollendes Felsenstück schlug dem Verschütteten das Genick ab, so daß er nur noch tot herausgeschaufelt werden konnte.

Göppingen, 11. Dez. (Verbotene Versammlung.) Hier sollte heute abend eine Versammlung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei stattfinden. Da von seiten der Kommunisten Störungen zu befürchten waren, ließen die Nationalsozialisten aus München einen Sturmtrupp kommen. Daraufhin hat das Oberamt die Versammlung verboten.

Ulm, 11. Dez. (Dank der Tübinger Studentenhilfe.) Nachdem im Lauf der letzten Wochen bereits 588 Zentner Kartoffeln als Sammelspende aus dem Oberamt Ulm in Tübingen eingetroffen sind, ist nun auch die erste Getreidesendung, 16,6 Zentner Weizen und 2,6 Zentner Gerste, aus dem Lagerhaus Langenau abgegangen. Die Tübinger Studentenhilfe dankt allen Gebern in einem Dankschreiben. 70 Zentner Kartoffeln, 51 Zentner Weizen, 3,4 Zentner Roggen und 10 Zentner Gerste, 6,75 Zentner Hafer, 2,3 Zentner Dinkel, 2,8 Zentner Erbsen, 40 Pfund Linsen, 28,4 Zentner Obst und 20 Säckchen Dörrobst sind außerdem noch gezeichnet worden.

Pfärrich OA. Wangen, 11. Dez. (Auch eine Lawine.) Ein 7jähriger Knabe wollte das elterliche Haus verlassen, um zu rodeln. In diesem Augenblick rutschte die ganze Schneemasse vom Dach herunter und begrub den Knaben unter sich. Dem raschen Eingreifen zweier Personen ist es zu verdanken, daß der Knabe vom Tode des Erstickens gerettet wurde.

Isny, 11. Dez. (Der verkannte Niklaus.) In unserer Gegend herrscht die Sitte, daß junge Leute, als „Klos" verkleidet, befreundete Häuser besuchen. Dieses harmlose Vergnügen mußte ein junger Mann im nahen Rohrdorf schwer büßen. Als er an einem der letzten Abende vermummt, aber wortlos, das Wohnzimmer einer dortigen angesehenen Familie betrat, wurde er für einen räuberischen Eindringling gehalten und von dem Sohn des Hauses angeschossen. Der Patient liegt nun mit

Gesichts-Ausschlag

Pickel, Mitesser, Akne verschwinden rasch und schnell, wenn man den Schaum von Zucker's Patent-Medizinal-Seife abends eintrocknen läßt. Schaum am Morgen abwaschen und mit Zucker's Creme nachstreichen. Großartige Wirkung von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich

Verloren

ging ein **schwarzer Pelz** am Sonntag, den 10. d. Mts. auf dem Wege von Neuenbürg nach Gräfenhausen.

Der redliche Finder wird gebeten, denselben gegen gute Belohnung in der „Enztäler"-Geschäftsstelle abzugeben.

Calmbach.
35 Sack
Roman-Zement
hat zu verkaufen oder gegen **Kartoffel** oder **Hühnerfutter** zu vertauschen.
Adolf Heydt.

Wildbad.
Nähmaschine
(Singer),
Fahrrad,
Schwarzw. Uhr,
Wohnzimmer-Schrank,
Leder-Tasche,
Leinen-Kragen
(Größe 36 und 37),
zu verkaufen.
Villa „Tannenburg".

Birkenfeld.
Einige Zentner
Haferstroh,
1 junge rehfarbige
Ziege
verkauft
Beiter, Gärtner.

Schömberg.
Setze eine 32 Wochen trächtige
Fahr-Kuh

dem Verkauf aus.
Talstraße 26.

Hand-Datumstempel
für Kanzleien und Büros sind sofort lieferbar.
C. Meeh'sche Buchdruckerei.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

einem Schuß, der den Schenkel durchschlug, im hiesigen Krankenhaus.

Friedrichshafen, 11. Dez. (Edle Spenden.) Ein unbekannter Geber hat dem Stadtschultheißenamt 200 000 Mark überwiesen, um damit durch Zuweisung von Lebensmittel hiesigen Notleidenden eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Weiter ist der gleiche Betrag der allgemeinen Notstandsversorgung übermittelt worden.

Dörzbach OA. Künzelsau, 11. Dez. (Erschossen.) Aus geringfügiger Ursache gerieten einige junge Burschen von Klepsau vor einer hiesigen Wirtschaft in einen Wortwechsel, der sich noch außerhalb des Ortes fortsetzte. Dabei gab einer von ihnen namens Ringeisen aus einer Pistole zunächst einen Schuß in die Luft ab und traf dann mit einem zweiten Schuß den in Dörzbach bediensteten Valentin Walz von Klepsau in den Bauch. Außerdem erhielt der Angeschossene noch einen Streifschuß am Oberschenkel. Walz wurde von den Tätern liegen gelassen und später von einem Dörzbacher Kameraden heimgeschafft. Im Carolinum in Mergentheim wurde er lt. Tauberzeitung noch operiert, doch ist er seinen Verletzungen erlegen.

Baden.

Brötzingen, 11. Dez. Durch Eisglätte rutschte Samstag abend 10 Uhr bei der Post der Anhängewagen des Lastautos einer Pforzheimer Speditionsfirma aus, stürzte um und wurde eine Strecke weit geschleift. Die auf dem Wagen befindlichen Weinfässer rollten auf die Straße, wobei etwa 1500 Liter Wein verloren gingen.

Tiefenbronn, 9. Dez. Bei der letzten Gemeinderatswahl wurde in der Wahlurne folgender Zettel gefunden:

Man ist gespannt im höchsten Grad
Wer heute wird Gemeinderat.
Mir ist es gleich, ob schwarz, ob rot,
Denn Deutschland ist lebendig tot.
Und wird erst wieder neu auferstehn,
Wenn es wird starke Männer sehn,
Wenn aufhör'n Haß und Fieber —
Und groß und kleine Schieber.

Karlsruhe, 9. Dez. Die städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke hier brauchen jetzt zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe derart große Geldmittel, daß die Abnehmer einen Betriebszuschuß von mindestens 1000 Mark leisten müssen.

Freiburg i. Br., 8. Dez. Zu dem Selbstmord eines Paares ist nachzutragen, daß es sich um einen aus dem Wiesental gebürtigen 23 Jahre alten Studenten der Chemie und die 39 Jahre alte Frau eines Werkmeisters im Stadtteil Stühlinger handelt. Zwischen den beiden bestand schon seit längerer Zeit ein weitgehendes freundschaftliches Verhältnis, das allerdings in letzter Zeit vielfach durch beiderseitige Streitigkeiten gestört wurde. Der Student wohnte bei der Frau in Miete. Unmittelbar vor dem Tode der beiden scheint es zu ernsthaften Auseinandersetzungen gekommen zu sein, denn im Gesichte des toten Studenten entdeckte man Kratzwunden und auf seinem Kopfe eine Verletzung, die auf einen Schlag hindeutete. Beide hatten von einem furchtbaren Gift, das eine fast augenblickliche tödliche Wirkung im Gefolge hat, genommen.

Mannheim, 10. Dez. In einer Arbeiterversammlung verlangte die Mehrheit der Arbeiter der Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen die Wiederaufnahme der Arbeit, zu einer Abstimmung kam es nicht.

Vermischtes.

Ein „sparsamer" Mann. In der vergangenen Woche kam zum Landwirt B. in S. ein Händler und kaufte eine Kuh. Gestern war dieser Landwirt auf dem Markt und hörte mit Entsetzen die hohen Preise. Für 50—60 000 Mark hatte er seine Kuh zu billig abgegeben. Im Oktober hat dieser Landwirt die Zeitung abbestellt, weil ihm das Bezugsgeld zu viel war. Er hat wenig gespart, aber viel verloren.

Was weißt du davon? Nach der Untersuchung des Medizinalreferenten der Regierung sind in den pfälzischen Bezirken 95 Prozent aller Kinder als tuberkulös angesteckt zu bezeichnen. Bei 38 Prozent der Schulneulinge wird die Beschaffenheit des Blutes beanstandet. Bei 21 Prozent zeigen sich Zeichen der englischen Krankheit, 22 Prozent neigen zu Hautgeschwüren: eine Reihe von Kindern hat als Wäsche nur noch schwach zusammenhängende Lumpen; vielfach sind auch die Füße mit ein paar Lumpen umhüllt. — In Thüringen schlafen von 13 899 Schulkindern 62 in keinem Bett, einzelne in Hängematten und auf Sofas, 2727 schlafen zu zweien, 1136 zu dreien in einem Bett. In 355 Fällen schlafen die Kinder zu 5 in einem Zimmer, in 323 zu 6, in 47 zu 7, in 17 zu 8, in 3 zu 9 und in einem Fall zu 10 Personen. In Gotha schlafen die Kinder einer Erwerbslosenfamilie in einer Margarinekiste.

Liselotte. Am 9. Dezember waren 200 Jahre verflossen, seit die Herzogin Elisabeth-Charlotte von Orleans in St. Cloud bei Paris starb. Die Herzogin war die Tochter des Kurfürsten Karl Ludwig von der Pfalz und wurde am 27. Mai 1652 zu Heidelberg geboren. Durch die Verheiratung gegen ihren Willen mit dem schwächlichen Bruder Ludwigs XIV. sollte der politische Zweck erreicht werden, die Franzosen von der Pfalz fernzuhalten. Aber gerade das Gegenteil war die Folge. Als nämlich mit dem Tod ihres Bruders der kurpfälzisch-simmernische Mannsstamm erlosch, machte der Franzose Ludwig XIV. auf Grund der Heirat „Liselottes" Anspruch auf die Pfalz, die sodann von seinen Mordbrennern Melac usw. ebenso wie benachbarte deutsche Lande aufs greulichste verwüstet und ausgeraubt wurde. Berühmt sind die Briefe Liselottes an ihre deutschen Freunde und Verwandten geworden, in denen sie, oft sehr derb, aber immer treffend, die Verkommenheit des französischen Hoflebens und die Niederträchtigkeit der französischen Politik schildert.

Erhöhung der Margarinepreise. Für Margarine sind ab 11. Dezember folgende Großhandelspreise pro Pfund festgesetzt worden: Tafelmargarine 1. 1255 Mark, 2. 1195 Mark, 3. 1080 Mark, billigste Sorte 1065 Mark, Schmelzmargarine 1308 Mark und Ziehmargarine 1186 Mark.

Preise für Kakao und Schokolade. Die Interessengemeinschaft deutscher Kakao- und Schokoladefabriken G. m. b. H. (Ideka) Dresden, gibt bekannt, daß die Richtpreise für Kakao-Erzeugnisse (Ladenverkaufspreis) wie folgt geändert worden sind: Kakaopulver, schwach entölt, 4600—5600, stark entölt 3600 bis 4300 Mark per Kilo; Vanilleschokolade aus fester Masse 310 bis 330 Mark, feine Vanille-Schokolade 350—370 Mark, Schmelz-Schokolade 400—420 Mark, bitter 450 bis 470 Mark, Milchschokolade 460—480 Mark, Nuß-Schokolade 460—480 Mark, Milch-Nuß-Schokolade 350—370 Mark je 100 Gramm Ueberzugsmasse, Großhändlerpreis 2600—2800 Mark per Kilo.

Der Erbonkel, der sein Geld mit ins Grab nehmen wollte. In Leipzig starb kürzlich ein alter Witwer ohne Leibeserben; dafür hatte er einen Neffen, der an der Universität dem Studium der Rechte oblag. Für den Studiosus war natürlich der Onkel sozusagen der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Der Onkel bezahlte das Studium, der Erbonkel mußte doch wohl eines schönen Tages dem Neffen einen schönen Batzen Geld hinterlassen. Aber der Erbonkel war ein Griesgram, und so nahm er in seine letztwillige Verfügung eine Klausel auf, worin der Antritt der Erbschaft davon abhängig gemacht wurde, daß ihm 250 000 Mark ins Grab mitgegeben wurden. 250 000 Papiermark sind gewiß heute nicht mehr viel. Aber welche Neffe gibt sie einem toten Erbonkel gerne mit ins Grab. So setzte sich denn der junge Rechtsgelehrte hin und steckte die Nase in die Bücher, um einen Grund zur Anfechtung des Testaments zu finden. Er zog auch ein älteres Semester zu Rate. Der Kommilitone jedoch riet ihm ernstlich davon ab, das Testament anzufechten. Der Neffe erstarrte zu Eis. Der Aeltere ließ sich nicht irre machen: „Mensch! Glückspilz! Wo steht denn geschrieben, daß du dem ollen Knaben die Viertelmillion in Gold oder Papier mitgeben sollst?! Wir stehen doch im Zeichen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Gib doch dem Ollen einen Scheck mit ins Grab, einen Scheck über 250 000 Mark!" Und so bekam der alte Erbonkel tatsächlich seinen Scheck in den Sarg gelegt. Versteht sich, daß der Einfall gebührend begossen wurde.

Er will's nicht wieder tun. Ein guter Junge scheint der neu in das englische Unterhaus gewählte Abgeordnete Jack Jones zu sein, der kürzlich wegen unpassender Aeußerungen, die er sich bei Zwischenrufen erlaubt hatte, für einen Tag aus den Sitzungen ausgeschlossen war. Mit dem fröhlichen Ausruf: „Da bin ich wieder!" erschien er nach Ablauf der Sperre wieder im Sitzungssaal. Er erbat und erhielt dann auch die Erlaubnis vom Sprecher, sich beim Hause zu entschuldigen, was er mit folgenden Worten tat: „Während der gestrigen Sitzung habe ich meine Selbstbeherrschung verloren, das einzige, was ich zu verlieren habe." Während das Haus sich lebhafter Heiterkeit hingab, fuhr er fort: „Ich habe mich einer Sprache bedient, die man, wie ich glaube, unparlamentarisch nennt. Die Sprache, wie man sie in den Docks zu sprechen pflegt. Wenn ich damit gegen die Regeln des hohen Hauses verstoßen habe, so bitte ich, das, was ich gesagt habe, zurücknehmen und aussprechen zu dürfen, daß es mir leid tut. Vielleicht werde ich in Zukunft Gelegenheit haben, mich dem parlamentarischen Sprachgebrauch mehr anzupassen." Lebhafter Beifall der vielgelaunten Zuhörerschaft dankte dem Redner, als er geendet, für die bekundeten guten Vorsätze.

Sorgenschweres Alter.

Für Leute, die helfen können und wollen, wieder ein Blick in städtisches Elend. Eine nahezu 90jährige Waschfrau, deren Ersparnisse durch die jahrelange Krankheit und die Beerdigung ihres Mannes aufgezehrt sind, muß vom kärglichen Verdienst ihrer 50jährigen ledigen Tochter leben, da mit der Altersrente wenig auszurichten ist. Die anderen 7 Kinder, die sie aufgezogen, sind gestorben oder arm und in der Ferne. Zurzeit ist die Tochter arbeitsunfähig; die beiden stehen für den Winter vor dem Nichts.

Eine alleinstehende Privatlehrerin, die eine Reihe lebender Sprachen beherrscht und wegen ihrer erzieherischen Tüchtigkeit einst hoch geschätzt war, sorgte für ihr Alter durch eine Rentenversicherung, aus der sie seit Vollendung des 70. Lebensjahres bis zu ihrem Tod jährlich 2000 Mark erhält. Das war eine eine gute Versorgung, aber was ist das bei der heutigen Geldentwertung? Trotz der Invalidenrente, die sie noch dazu bezieht, reicht es oft nicht zu einem warmen Essen!

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 11. Dez. (Landesproduktenbörse.) Der Getreidemarkt verkehrte auch in abgelaufener Woche in fester Haltung. Die Preise für Weizen und Roggen waren höher, während die Notierungen für Hafer und Gerste ziemlich unverändert blieben. Geringere Ware bleibt wenig beachtet. Es notierten 100 Kilogramm gesunde trockene Ware ab württ. Station: Neuwürtt. Weizen 32 000 bis 34 000 Mark (am 4. Dezember 30 000 bis 33 000 Mark), neue Sommergerste je nach Qualität 23 000 bis 26 000 Mark (23 000 bis 25 000 Mark), neuer Roggen 28 000 bis 30 500 Mark (27 000 bis 29 500), Hafer 22 000 bis 25 000 (22 000 bis 25 000) Mark, Weizenmehl Nr. 0 mit Zusatz von Auslandsgetreide 50 000 bis 56 000 Mark (45 000 bis 53 000 Mark), Brotmehl 48 500 bis 53 000 (45 500 bis 50 000) Mark, Kleie 15 000 bis 16 000 Mark (14 000 bis 15 000), neues Heu 12 000 bis 14 000 (8000 bis 10 000) Mark, drahtgepreßtes Stroh 13 000 bis 17 000 Mark.

Pforzheim, 6. Dez. (Schweinemarkt.) Aufgetrieben waren 22 Milchschweine. Das Paar kostete 30 000—32 000 Mk. Der Verkauf war mäßig.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 11. Dez. Der „Vossischen Zeitung" zufolge wurde der neue deutsche Reparationsvorschlag an die alliierten Ministerpräsidenten nicht in der Form einer offiziellen Note gemacht, sondern vielmehr in einem Brief des Reichskanzlers an den britischen Premierminister Bonar Law als Vorsitzenden der Londoner Konferenz. Reichsbankpräsident Havenstein und Staatssekretär a. D. Bergmann, die sich in London aufhalten, haben, wie das Blatt meldet, keine Vollmachten zu Verhandlungen, wohl aber dazu, im Rahmen des Schreibens an Bonar Law nähere Erläuterungen zu geben.

Berlin, 11. Dez. Die Reichsregierung lehnte die Auslieferung des an dem Mailänder Bombenattentat beteiligten Italieners Ghezzi ab, die von der italienischen Regierung beantragt war, da die von der italienischen Regierung angeführten Delikte Ghezzis nicht unter den deutsch-italienischen Auslieferungsvertrag fallen.

Berlin, 12. Dez. In der gestrigen Sitzung des Reichsrats, in der der neue Minister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Luther, sich mit kurzen Worten vorstellte, kam der Antrag Preußens zur Beratung, wonach das abgelieferte Umlagegetreide teilweise mit Stickstoffdünger bezahlt werden soll. Da die Mehrzahl der Länder aus finanzpolitischen und valutarischen Gründen gegen diesen Vorschlag war, wurde er mit 46 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Berlin, 11. Dez. Aus verschiedenen Teilen des Reichs wurden Klagen laut, daß durch das Gebaren gewisser Händler, die in eigener Person Butter oder Käse beim Erzeuger, bei den Molkereien und anderen Milchverarbeitungsbetrieben zum Wiederverkauf aufkaufen, die Butter- und Käsepreise in die Höhe getrieben werden und vielfach die Milchversorgung der Städte beeinträchtigt wird. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat eine Verordnung erlassen, wonach die Landesregierungen bestimmen

---

5)

Im Hause des Kommerzienrates.

Roman von E. Marlitt.

„Das behauptet Bruck — die Verwandten haben es widerlegt." Sie preßte die Handflächen an die Schläfen, als schmerze sie der Kopf heftig. „Weißt du, Moritz, als die Nachricht von dem Unglück in der Mühle herübergebracht wurde, da bin ich wie sinnlos draußen im Freien auf und ab gestürmt. In allen Schichten der Bevölkerung war der alte Sommer gekannt, alle Welt interessierte sich für die Operation. Sei es denn, wie du sagst, daß er nicht sofort unter Brucks Händen den Geist aufgegeben hat — die Sachverständigen werden mit Recht behaupten, er habe eben nur vermöge seiner robusten Natur einen verlängerten Kampf gekämpft. Willst du als Laie das besser wissen? Leugne doch nur nicht, daß du dieselbe Überzeugung hegst! Du solltest dich nur sehen, wie blaß du bist vor innerer Bewegung."

In diesem Augenblicke tat sich eine Seitentür auf und die Präsidentin Urach erschien auf der Schwelle. Trotz ihrer siebzig Jahre trug sie nicht einmal die wohltätig verhüllende Mantille des Alters; ein weißes, auf den Rücken geknüpftes Seidentuch legte sich knapp um Brust und Taille, und auf der perlgrauen Seidenschleppe bauschte ein reichgarniertes Überkleid. Ihr ergrautes Haar war in dicken Puffen um die Stirn gesteckt, und über dieser Haarkrone lag schleierartig weißer Blondentüll, dessen lange Enden den Hals und die untere Kinnpartie, diese unerbittlichen Verräter des vorgerückten Alters, zugleich verhüllten.

Sie kam nicht allein. Neben ihr schlüpfte ein wunderliches Wesen herein, eine im Wachstum sehr unterdrückte Gestalt, auffallend klein und erschreckend mager, und auf diesem dürftigen Körper saß der starkentwickelte Kopf einer jungen Dame von vielleicht vierundzwanzig Jahren. Die drei im Zimmer anwesenden Frauenköpfe trugen ein und denselben Familienzug — man erkannte sofort die enge Beziehung zwischen der Großmutter und den Enkelinnen.

„Wir haben drüben erfragen, daß du endlich „eingetroffen bist, lieber Moritz; sollen wir noch länger warten?" fragte die alte Dame mit ihrer schönen, immer noch weichen Frauenstimme.

Noch vor zehn Minuten hatte der Kommerzienrat mit dem festen Vorsatz, schleunigst in den Frack zu schlüpfen, das Haus betreten — jetzt sagte er zögernd und unsicher: „Teuerste Großmama, ich möchte Sie bitten, mich für heute zu entschuldigen — der Vorfall in der Mühle —"

„Nun ja, der Vorfall ist traurig genug, aber weshalb sollen auch wir darunter leiden? . . . Ich weiß wahrhaftig nicht, wie ich dich vor meinen Freunden entschuldigen soll."

„Sie werden doch nicht so schwer von Begriff sein, die guten Freunde, um nicht zu verstehen, daß Käthes Großpapa gestorben ist?" warf Henriette über die Schulter herüber ein — sie stand vor einem Bücherbrett und las, wie es schien, eifrig die Vignetten.

„Henriette, ich verbitte mir ernstlich deine naseweisen Bemerkungen," sagte die Präsidentin. „Du magst meinetwegen deinen feuerfarbenen Haarschmuck ein wenig moderieren; denn Käthe ist deine Stiefschwester, mir und Moritz aber liegt diese Verwandtschaft so weitfern, daß wir für uns dem Trauerfall offiziell keinerlei Bedeutung zugestehen können, so sehr ich ihn auch beklage. Ich möchte überhaupt nicht, daß die Sache an die große Glocke geschlagen würde — Brucks wegen — je weniger über den Vorfall gesprochen wird, desto besser."

„Mein Gott, seid ihr denn alle so ungerecht gegen den Doktor?" rief der Kommerzienrat in ausbrechender Verzweiflung. „Ihm ist auch nicht der allergeringste Vorwurf zu machen; er hat seine ganze Kunst, sein ganzes Wissen aufgeboten —"

„Lieber Moritz, darüber mußt du meinen alten Freund, den Medizinalrat von Bär, hören!" unterbrach ihn die Präsidentin und klopfte ihn leicht auf die Schulter. Sie winkte bedeutungsvoll mit den Augen nach Flora, die an ihren Schreibtisch getreten war.

„[illegible] nur nicht, Großmama! Glaubst du denn, ich sei so blind und dumm, um mir nicht selbst zu sagen, wie Bär urteilt?" rief das schöne Mädchen bitter. Ihre Lippen zuckten wie im Krampf. „Übrigens hat Bruck bereits sich selbst gerichtet; er hat nicht gewagt, mir heute Abend noch unter die Augen zu treten."

„Nun, diesen Verdacht wird er widerlegen — er kommt noch, Flora," sagte der Kommerzienrat sichtlich erleichtert. „Er wird dir selbst sagen, daß er den Tag über wie gehetzt gewesen ist. Du weißt ja, daß er mehrere Schwerkranke in der Stadt hat, darunter das arme kleine Mädchen des Kaufmanns Lenz, das heute nacht noch sterben wird."

Die junge Dame stieß ein leises, bitteres Lachen aus. „Wird es sterben? Wirklich, Moritz? . . . Nun sieh, Bär war auch hier bei mir, ehe er zur Großmama ging; er sprach auch von dem Kinde, das er gestern gesehen hatte, und meinte, der Fall sei leicht — er fürchte nur, Bruck sei auf falscher Fährte! Bär ist eine Autorität —"

„Ja, eine Autorität voll zitternden Neides," sagte Henriette mit bebender Stimme. Sie war rasch hinzugetreten und legte ihre Hand auf den Arm ihres Schwagers. „Gib es auf, Moritz, Flora zu belehren! Du siehst doch, sie will ihren Bräutigam schuldig finden."

„Ich will? . . . Boshaftes Geschöpf! Ich gäbe sofort mein halbes Vermögen hin, wenn ich noch so denken könnte wie zu Anfang meiner Brautschaft, so stolz, so zuversichtlich zu Bräutigam aufsehend," rief Flora leidenschaftlich. „Aber seit dem Tode der Gräfin Wallendorf trage ich stillschweigend die fortgesetzte Qual der Zweifel, des Mißtrauens mit mir herum — heute zweifle ich nicht mehr, denn ich bin überzeugt. Jene Schwäche des Weibes kenne ich freilich nicht, das nur liebt, ohne zu fragen: Ist der Geliebte der Hingebung auch würdig? . . . Ich bin ehrgeizig, glühend ehrgeizig, das können alle wissen. Wie andere strebende und denkende Frauen es möglich machen, ruhig und gleichmütig mit einem unbedeutenden Mann durchs Leben zu gehen, ist mir stets unfaßlich gewesen — ich würde zeitlebens erröten unter den Blicken der Menschen."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

...fen." Lebhafter Beifall der ...
...e dem Redner, als er geendet, ...

...hweres Alter.

...nen und wollen, wieder ein Bil...
...abezu 90jährige Waschfrau, deren ...
...ge Krankheit und die Verdienst...
... muß vom kärglichen Verdienst ...
...er leben, da mit der Altersrente ...
...anderen 7 Kinder, die sie auf...
... und in der Ferne. Zurzeit ...
...e beiden stehen für den Winter...

...Lehrerin, die eine Reihe lebender ...
...n ihrer erzieherischen Tüchtigkeit ...
... für ihr Alter durch eine Rente ...
...Vollendung des 70. Lebensjahres ...
...0 Mark erhält. Das war einst ...
...s ist das bei der heutigen Geld...
...Lidenrente, die sie noch dazuhe...
...inem warmen Essen!

...d Verkehr.

...esproduktenbörse.) Der Getrei...
...unserer Woche in fester Haltung ...
...gsten waren höher, während ...
...erste ziemlich unverändert ...
...enig beachtet. Es notierten ...
...are ab württ. Station: Neue ...
...0 Mark (am 4. Dezember 30 000 ...
...rgerste je nach Qualität 23 000 ...
...25 000 Mark), neuer Roggen ...
...0 bis 29 500), Hafer 22 000 bis ...
...rt, Weizenmehl Nr. 0 mit Sa...
...0 bis 56 000 Mark (45 000 bis ...
... bis 53 000 (45 500 bis 50 000 ...
...Mark (14 000 bis 15 000), neue ...
...s 10 000) Mark, drahtgepreßtes ...

...einemarkt.) Aufgetrieben wa...
...ar kostete 30 000—32 000 Mk. ...

...achrichten.

...„Vossischen Zeitung" zufolge ...
...tionsvorschlag an die alliierten ...
... Form einer offiziellen Note ...
...inem Brief des Reichskanzlers ...
...ister Bonar Law als Vor...
...ferenz. Reichsbankpräsident ...
...a. D. Bergmann, die sich in ...
...e das Blatt meldet, keine ...
... wohl aber dazu, im Rahmen ...
...w nähere Erläuterungen zu ...

...ichsregierung lehnte die Aus...
...r Bombenattentat beteiligten ...
... der italienischen Regierung ...
... italienischen Regierung an...
...nter den deutsch-italienischen ...

... gestrigen Sitzung des Reichs...
... für Ernährung und Land...
... kurzen Worten vorstellte, ...
... Beratung, wonach das abge...
... mit Stickstoffdünger bezahlt ...
... der Länder aus finanzpoli...
...den gegen diesen Vorschlag ...
... Stimmen abgelehnt.
...schiedenen Teilen des Reichs ...
...rch das Gebaren gewisser ...
...Butter oder Käse beim Er...
...anderen Milchverarbeitungs...
...ufkaufen, die Butter- und ...
...n werden und vielfach die ...
...nträchtigt wird. Der Reichs...
...ndwirtschaft hat eine Ver...
...andesregierungen bestimmen ...

...Röchen bitter. Ihre Lippen ...
...s hat Bruck bereits sich selbst ...
...r heute Abend noch unter die ...

...widerlegen — er kommt noch. ...
...ichtlich erleichtert. „Er wird ...
...über wie gehetzt gewesen ist. ...
...werkranke in der Stadt hat. ...
...n des Kaufmanns Lenz. ...

..., bitteres Lachen aus. „Wird ...
... Nun sieh, Bär war auch ...
...ma ging; er sprach auch von ...
... hatte, und meinte, der Fall ...
...lei auf falscher Fährte! Vor ...

...den Neides," sagte Henriette ...
...asch hinzugetreten und legte ...
...bagers. „Gib es auf, Moritz, ...
... sie will ihren Bräuti...

...höpft! Ich gäbe sofort mein ...
...ch so denken könnte wie zu ...
...& so zuversichtlich zu Bruck ...
... „Aber seit dem Tode der ...
...eigend die fortgesetzte Qual ...
...mir herum — heute zweifle ...
...zeugt. Jene Schwäche des ...
... nur liebt, ohne zu fragen: ...
...ich würdig? . . . Ich bin ...
...nnen alle wissen. Wie an...
... es möglich machen, ruhig ...
...tenden Mann durchs Leben ...
...rien — ich würde zeitlebens ...
...hen."
...igt.)

...stehen, daß diese Aufkäufer einer besonderen Erlaubnis bedürfen.

Berlin, 11. Dez. Am 15. und 16. Dezember finden im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers die Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Krankenkassen und der deutschen Aerzteschaft über den Abschluß eines neuen zentralen Tarifabkommens statt. Von dem Ergebnis der Verhandlungen wird es abhängen, ob am 3. Januar der vertragslose Zustand im ganzen Reich eintritt oder nicht.

Berlin, 11. Dez. Ein Brillantschmuck und ausländische Banknoten im Werte von etwa 10 Millionen Mark wurden, einer Meldung des „12 Uhr-Mittagblatts" zufolge, einer in einem großen Hotel in der Nähe des Potsdamer Platzes wohnenden Deutsch-Amerikanerin gestern auf der Heimkehr vom Theater im Autoomnibus von Taschendieben gestohlen, die ein künstliches Gedränge inszeniert hatten. Auf die Ermittelung des gestohlenen Gutes wurde eine Belohnung von 10000 M ausgesetzt.

Berlin, 11. Dez. Einem in Berlin auf der Durchreise sich aufhaltenden, aus dem Osten zugereisten Kaufmann wurde die Brieftasche aus der Manteltasche gestohlen. In der Brieftasche befanden sich 50000 Mark deutsches Geld, 100 Dollar in Noten und drei Scheckbücher mit offenen, von einer amerikanischen Bank ausgestellten Schecks. Der Gesamtverlust ist auf 90000 Dollar und rund drei Viertel Milliarden Mark zu beziffern.

Warschau, 11. Dez. Gegen den neugewählten Staatspräsidenten Narutowiz fanden große Demonstrationen statt. Die Demonstrationen gehen von nationalistischen und antisemitischen Kreisen aus. Die drei nationalistischen Parteien erließen eine Erklärung, daß sie keine Verantwortung für den weiteren Verlauf der Staatsmaschine übernehmen.

London, 11. Dez. „Westminster Gazette" schreibt: Wir hoffen ernstlich, daß die britische Regierung keinen Plan für die weitere Besetzung deutschen Gebiets unterstützen wird, was katastrophal für Europa sein würde. So dauerlich für alle Engländer der Bruch mit Frankreich sein würde, England könnte keine Verantwortung für die Folgen einer solchen Politik übernehmen. Die Ansicht herrscht vor, daß es nicht zu einem Bruch kommen wird. Gestern um Mitternacht wurde mitgeteilt, daß der italienische und der belgische Ministerpräsident versuchen, einen Ausweg aus der Krise zu finden.

Ministerpräsident Knilling zu dem Sühneverlangen der Entente.

München, 11. Dez. Im Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtags gab heute nachmittag Ministerpräsident v. Knilling in einer längeren Erklärung den Standpunkt der bayerischen Regierung bekannt, wie er von ihr bei der Reichsregierung in der Angelegenheit des Sühneverlangens der Entente gegenüber den Städten Ingolstadt und Passau zum Ausdruck gebracht wurde. Der Ministerpräsident erklärte u. a.: Eine bayerische Behörde hat sich einer Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrages schuldig gemacht. Damit fallen aber auch alle Ansprüche, die auf die behaupteten Vertragsverletzungen gestützt werden. Die bayerische Regierung war daher nicht in der Lage, die verlangte Sühneleistung auf sich zu nehmen. Das bedeutet nicht, daß die bayerische Regierung die Vorkommnisse irgendwie entschuldigen oder decken will. Sie bedauert seitens der Täter ein schweres Unrecht, was die bayerische Regierung auf das Lebhafteste bedauert und aufs Schärfste verurteilt. Sie wird für nachdrückliche Durchführung eingeleiteter Strafverfahren und für strenge Bestrafung der Schuldigen Sorge tragen. Sie ist bereit, den Schaden zu ersetzen, der den beiden Kontrollkommissionen durch das Verhalten der Bevölkerung erwachsen ist. Darüber hinaus aber muß jedes Schuldbekenntnis für sich und ihre unterstellten Behörden von sich weisen. In dieser Auffassung ist das ganze bayerische Volk in allen seinen Schichten ohne Unterschied der Partei einig. Die bayerische Regierung hat den Wunsch, es möchten ähnliche Vorkommnisse in der Zukunft auf alle Fälle vermieden bleiben. Sie warnt eindringlich vor solchem Beginnen, das nichts nützt, sondern nur schweren Schaden verursacht. Sie vertraut dabei auf die Besonnenheit der Bevölkerung. Sie darf jedoch auf der anderen Seite nicht unterlassen, aller Eindringlichkeit darauf hinzuweisen, daß der Boden, dem solche bedauerlichen Vorkommnisse erwachsen, die Erbitterung des durch den Friedensvertrag enttäuschten und durch die Folgen genaugelten in höchster Not befindlichen bayerischen Volks ist, die Erbitterung über die ungeheuerlichen Bedrückungen, denen es seitens der alliierten Mächte fortgesetzt ausgesetzt ist. Ich muß aber auch auf ein anderes hinweisen: Wenn man heute erinnert, wie oft die deutsche Regierung sich schon über schwere Untaten und Uebergriffe der Besatzungstruppen zu beklagen hatte und wie sich die alliierten Regierungen den Klagen gegenüber verhalten haben, mit welcher Entschädigung insbesondere sogar im Falle der Tötung deutscher Staatsbürger Hinterbliebenen abgefunden wurden, so ergibt sich ein Rechtsempfinden geradezu ins Gesicht schlagender Unterschied der rechtlichen Maßnahmen, je nachdem es sich um Angriffe auf Angehörige des besiegten Deutschland oder der siegreichen alliierten Mächte handelt. Der Ministerpräsident wies dann noch auf die Drohung hin, wonach die alliierten Regierungen für ihre Kontributionsforderung sich in der besetzten Zone befriedigen würden. Schon gegen die bloße Ankündigung eines solchen Vorgehens müsse die bayerische Regierung die schärfste Verwahrung einlegen. Die Reichsregierung teilte den Standpunkt der bayerischen Regierung gewürdigt und stimmte im wesentlichen angeschlossen. Die Reichsregierung stellte sich in dieser Sache auch vor Bayern, ohne daß dieses von ihr Opfer begehrte. Der Ministerpräsident schloß: Diese Abwehr der Reichsregierung, auf das Reichsganze ein Opfer zu bringen, werden auch jene anerkennen müssen, die die Erfüllung der Reichsregierung als zu weitgehend betrachten.

Deutsche Antwort wegen der Vorgänge in Stettin, Passau und Ingolstadt.

Berlin, 11. Dez. In der gestern überreichten Antwort der Reichsregierung auf die Note der Botschafterkonferenz vom 30. November über die Vorgänge in Stettin, Passau und Ingolstadt werden die Verfehlungen der Beamten in Stettin und die Beschimpfungen und leichten Verletzungen der Kontrolloffiziere in Ingolstadt durch Volksmengen unumwunden zugegeben. In Verkennung der Tatsache, daß sich die Offiziere in Ausübung einer gegenüber den deutschen Behörden berechtigten Tätigkeit befanden, hätten sich die an den Zwischenfällen beteiligten Personen unter dem Einfluß der Erbitterung weiter Volkskreise gegen die Kontrolle und ihre Organe zu Verunglimpfungen hinreißen lassen. Die deutsche Regierung habe in zwei amtlichen Schreiben der interalliierten Kontrollkommission ihre schärfste Mißbilligung und ihr lebhaftes Bedauern ausgesprochen, sowie eine Bestrafung der schuldigen Beamten verfügt, gegen die Demonstranten Strafverfahren einleiten lassen und glaube, daß hiermit vorbehaltlich einer Vergütung für den geringen tatsächlichen Schaden ausreichende Sühne erfolgt sei. Gegenüber den weitgehenden Forderungen der Botschafterkonferenz stelle die Reichsregierung nochmals fest, daß ihre erneuten Erklärungen den Ausdruck der Entschuldigung mit enthalten und daß kein Raum mehr bleibt für Erklärungen der einzelstaatlichen Regierungen, da die Vertretung Deutschlands nach außen lediglich dem Reiche obliege. Die Bürgermeister von Passau und Ingolstadt seien freigewählte Organe der städtischen Selbstverwaltung und könnten von der Reichsregierung nicht besetzt werden. Die schließliche Forderung von 500 000 Goldmark für Passau und Ingolstadt könnte nicht als berechtigt anerkannt werden. Das Völkerrecht kenne in Friedenszeiten solche Bestrafungen nicht, die außerdem zu dem angerichteten Schaden in keinem Verhältnis stünden. Im besetzten Gebiet würden auch für viel schwerere Verfehlungen gegen Reichsangehörige nur ganz geringfügige Entschädigungen gezahlt. Um aber die Volksgenossen in der Pfalz und im Rheinland vor den angedrohten unverschuldeten Zwangsmaßnahmen zu schützen, stelle die Regierung von sich aus den geforderten Betrag zur Verfügung.

Der deutsche Vorschlag.

Berlin, 12. Dez. Der Schritt der deutschen Regierung in London erfolgte durch die Ueberreichung eines eigenhändigen Briefes des Reichskanzlers an den englischen Ministerpräsidenten. Unter Hinweis darauf, daß von einer schnellen, die Interessen aller Beteiligten ausgleichenden Lösung der Reparationsfrage das Schicksal Deutschlands und Europas abhängt, wird vorgeschlagen, daß die deutsche Regierung versuche, die Mark mit ihren eigenen Hilfsmitteln zu stabilisieren, falls fremde Kredithilfe für den Augenblick unmöglich ist. Voraussetzung ist die Gleichberechtigung Deutschlands in seinen Handelsbeziehungen zu den fremden Mächten. Deutschland schlägt weiter die Ersetzung seiner laufenden Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag durch eine in Deutschland und im Ausland aufzulegende Anleihe vor. Die äußere Anleihe soll ganz, die innere mindestens zur Hälfte zur Abdeckung der deutschen Verpflichtungen dienen. Der Rest der inneren Anleihe müßte für Deutschlands eigene Bedürfnisse, besonders für die Stabilisierungsaktion bleiben. Sollte die innere Anleihe mehr als drei Milliarden Goldmark ergeben, so wäre der 1½ Milliarden übersteigende Betrag der zweiten Hälfte ebenfalls an die Reparationskommission abzuführen. Zahlungen auf die innere Anleihe sollen in fremder Währung nach dem täglichen Dollarkurs erfolgen. Die deutsche Regierung beantragt Befreiung von allen fällig werdenden Barzahlungen aus dem Versailler Vertrag für zwei Jahre und von den Sachleistungen, die nicht aus dem deutschen Haushalt bezahlt werden können, ferner Befreiung von Zahlungen für je ein weiteres Jahr für jede aus dem Ertrag der inneren Anleihe an die Reparationskommission zu zahlenden Milliarde. Die ganze Regelung hätte sich auf nicht mehr als vier oder fünf Jahre zu erstrecken.

Die deutsche Industrie und die deutschen Vorschläge.

Berlin, 12. Dez. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erklärt in ihrer gestrigen Abendnummer, daß sie den nach London gerichteten Vorschlag des Reichskanzlers, über den die Industrie nicht gehört worden sei, für nicht zweckmäßig und wirtschaftlich nicht für tragbar halte, weil er keine Endlösung bringe. Die wirtschaftlichen Kreise, auch die Industrie, würden aber im Falle der Annahme des Vorschlags versuchen, Mittel und Wege zu finden, um aus den kommenden Verhandlungen das unerläßlich notwendige Definitivum herauszuarbeiten. Dafür würde die Mitwirkung auch der Industrie zweifellos zur Verfügung stehen.

Hierzu erfahren wir von zuständiger Seite: Die deutsche Industrie hat bekanntlich wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie eine endgültige Regelung des Reparationsproblems als den einzig möglichen Ausweg aus der jetzigen unerträglichen Lage ansieht. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Industrie trotz prinzipiellen Festhaltens an ihrem Standpunkt ausdrücklich ihre Bereitwilligkeit feststellt, für den Fall der Annahme des in London zur Erörterung gestellten deutschen Vorschlags auch bei seiner Durchführung und Ausgestaltung mitzuwirken.

Das Berliner Echo.

Berlin, 12. Dez. Die gestrigen Erklärungen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" über die Haltung der Industrie zu dem neuen deutschen Reparationsvorschlag und zu der Reparationsfrage überhaupt erfahren die schärfste Verurteilung durch die demokratischen Blätter und den „Vorwärts". Das letztere Blatt spricht von einer Kriegserklärung der deutschen Industrie an die Regierung. Die „Vossische Zeitung" schreibt unter der Ueberschrift „Die Unverantwortlichen": Wer regiert in Deutschland? Das Kabinett Cuno könne sich nicht weiterhin seine Autorität zerstören lassen, denn auf die Dauer werde es das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit sich nicht gefallen lassen, anonym regiert zu werden. — Das „Berliner Tageblatt" bezeichnet es als Pflicht der Industrie, endlich aus ihrer Reserve herauszutreten und ihrerseits praktische Schritte zur Lösung des Reparationsproblems zu tun. Das Blatt erklärt weiter, es werde sich sehr bald zeigen müssen, wie weit bei der Aeußerung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" eine private Meinung vorliege und ob die Industrie und ihre parlamentarische Vertretung, die Deutsche Volkspartei, Herrn Stinnes zu unterstützen, geneigt sei.

In Ergänzung ihrer gestrigen Erklärungen schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" heute: Es ist auch neuerdings zu betonen, daß die deutsche Industrie bereit ist, ihre Hilfe und Unterstützung zu jeder wirklichen Lösung des Reparationsproblems zu bieten, daß sie sich bewußt ist, daß Deutschland den Krieg verloren hat und Zahlungen leisten muß und daß sie die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs aufgebaut zu sehen wünscht. Aber ebenso wichtig ist die Betonung dessen, daß die deutsche Industrie eine endgültige Bereinigung erstrebt und daß sie das Damoklesschwert immer neuer Gewaltandrohungen und Retorsionen endgültig gebannt wissen will.

Poincare u. die unsichere englische Politik in der Pfänderfrage.

Paris, 11. Dez. Havas meldet aus London: Im Laufe der gestrigen Nachmittagssitzung hat Poincare ausgeführt, daß Deutschland allein für seine finanzielle Lage verantwortlich sei. Seit 2 Jahren, sagte er, sind Deutschland ohne Wirkung auf die Reparationszahlungen Erleichterungen gewährt worden. Man müsse also jetzt die Methode ändern und dürfe keine neue Verschleppungen mehr dulden, ohne dafür Pfänder zu erhalten, nämlich die Kontrolle der Bergwerke und die Beschlagnahme der Zölle. Zur Unterstützung dieses Standpunktes hat Poincare hinzugefügt, die deutschen Vorschläge von gestern seien so unzureichend, daß nichtsdestoweniger die Beschlagnahme durchgeführt werden müsse, damit es endlich die deutsche Regierung und die deutschen Großindustriellen empfänden, daß die Geduld der Alliierten jetzt erschöpft sei. Poincare hat dann in großen Linien auseinandergesetzt, wie er sich die Kontrolle denkt, die keine Verstärkung der alliierten Truppen erfordern würde. Bonar Law hat sich außerordentlich zurückhaltend gezeigt. Ohne Kritik üben zu wollen, habe er gegen das französische Projekt positive und allgemeine Einwendungen vorgebracht, die sich wie folgt zusammenfassen lassen: Die englische öffentliche Meinung ist sich einig in dem Gedanken, daß Zwangsmaßnahmen kein Geld einbringen. Die belgische Delegation hat im Prinzip dem englischen Plan zugestimmt, während Mussolini erklärt hat, daß ihn vor allem die Streichung der interalliierten Schulden beschäftige. Angesichts der Entschlossenheit Poincares hat der englische Premierminister erklärt, er müsse zuvor seine Ministerkollegen befragen. In englischen Kreisen hat man gestern abend versichert, es liege aller Grund zu der Annahme vor, daß das Kabinett sich zu der Besetzung des Ruhrgebiets nicht werde entschließen können und der Besetzung ohne seine Unterstützung ihren Lauf lassen werde. In letzter Linie würde es sich wohl dazu entschließen, aber nicht so, daß die Besetzung eine Pfändung darstellen würde, sondern nur in Form einer Sanktion. Möglicherweise werde der Konferenz ein Kompromißvorschlag unterbreitet werden, demzufolge die Besetzung des Ruhrgebiets, anstatt die zwei Jahre des Moratoriums hindurch anzudauern, bereits aufhören könnte, wenn Deutschland loyal seine herabgesetzten Verpflichtungen durchführen sollte.

Die Londoner Verhandlungen unterbrochen.

London, 11. Dez. Um 7 Uhr abends wurde folgendes Communique ausgegeben: Die alliierten Premierminister haben sorgfältig den augenblicklichen Stand des Reparationsproblems und auch die damit zusammenhängenden Fragen der interalliierten europäischen Schulden untersucht. Der Plan für eine Interimsvereinbarung bezüglich der Reparationen, der vom deutschen Reichskanzler unterbreitet wurde, wurde auch erwogen. Er wurde jedoch einstimmig für unbefriedigend erklärt. Es war den alliierten Premierministern in der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich, zu endgültigen Beschlüssen in den in Betracht kommenden bedeutsamen Fragen zu gelangen. Unter diesen Umständen wurde beschlossen, die Unterredungen zwischen den alliierten Premierministern in Paris am 2. Januar fortzusetzen, um der Vollkonferenz zu ermöglichen, unmittelbar darauf zusammenzutreten, um vor dem 15. Januar zu endgültigen Entscheidungen in den gesamten in London erörterten Fragen zu gelangen.

Die Berliner Presse zum Abbruch der Londoner Verhandlungen.

Berlin, 12. Dez. Der Abbruch der Verhandlungen in London ist nach dem „Berliner Lokalanzeiger" das Schlimmste, was werden konnte: eine neue Fortsetzung der Ungewißheit und der nervenzerreibenden Unmöglichkeit, sich über die eigene Zukunft ein Bild zu machen. Das Blatt bezeichnet es als

Vorzüge der Zeitungs-Reklame!

Warum ist die Tageszeitung allen anderen Werbemitteln überlegen?

1. Die Tageszeitung wird von allen Bevölkerungsschichten gelesen; sie geht in den Familien von Hand zu Hand, liegt überall auf und wird täglich und stündlich von Hunderten und Tausenden an zahlreichen Verkehrs- und Gaststätten zur Hand genommen. Verbreitung und Gelesenheit der Tageszeitung vereinigen sich so zu außerordentlicher Werbewirkung.

2. Der Leser widmet selbst in dieser hastenden, flüchtigen Zeit der Lektüre seines Blattes ruhigste Aufmerksamkeit; seine Interessen sind mit den darin enthaltenen Nachrichten aufs engste verknüpft, und der Anzeigenteil namentlich vermittelt ihm in Angebot und Nachfrage die wichtigsten Anregungen.

3. Die Anzeigenbesteller haben die Gewißheit, daß sie mit ihren Anpreisungen die breitesten Schichten erreichen, die erste Voraussetzung für wirkliche Werbeerfolge.

4. Die Tageszeitung dringt schnell und pünktlich und in kurzen Abständen bis in das entlegenste Dorf und wird auch dort zur Trägerin lebendiger Werbekraft

5. Jede Zersplitterung der Werbetätigkeit vermindert ihren Wert. Die Zeitungsreklame vermeidet solche. Erfolgsicher inserieren im

Neue Bestellungen

auf den **täglich** erscheinenden **„Enztäler"** werden fortwährend von aller Postanstalten und unseren Austrägern entgegengenommen

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

nächste Aufgabe der Regierung, mit allem Ernst daran zu gehen, bei uns im Innern in Ordnung zu bringen, was sich in Ordnung bringen lasse. Geschehe das, dann würden wir wenigstens ein gutes politisches Gewissen haben und würden uns nicht wieder dem Vorwurf aussetzen, wir ließen die Katastrophe mit gekreuzten Armen an uns herankommen. — Im Gegensatz dazu kommt die „Vossische Zeitung" zu dem Schluß, daß der Ausgang der Londoner Konferenz in Anbetracht der derzeitigen weltpolitischen Lage und der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Entente das Günstigste sei, was vom deutschen Standpunkt aus erwartet werden konnte. Aus der Fassung des amtlichen Schlußcommuniques folgert das Blatt, daß die deutschen Reparationsvorschläge, wenn sie auch als unbefriedigend bezeichnet worden seien, zweifellos ernste sachliche Beachtung gefunden hätten. — Auch der „Vorwärts" drückt die gleiche Hoffnung aus. Da Herr Cuno selbst in seinem Brief an Bonar Law diesen Vorschlag als einen vorläufigen bezeichnet habe, sei bis zum 2. Januar Gelegenheit genug, ihn befriedigender zu gestalten. Dazu aber sei eine Fühlungnahme zwischen der deutschen Regierung und ihren Vertragsgegnern vor dem 2. Januar durchaus wünschenswert.

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik enthaltenen Eingesandt übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Anfrage und Bitte.

Für die Parzelle Ziegelhütte hat die Stadtgemeinde eine Hydrantenausrüstung beschafft. Diese muß selbstverständlich hier oben untergestellt werden. Nun hat aber die Krankenhausverwaltung die Unterbringung der Hydrantenausrüstung angeblich wegen Platzmangels abgelehnt. Vertraut mit der Oertlichkeit im Bezirkskrankenhause richten wir an den Bezirksrat die Anfrage und Bitte, ob es denn nicht möglich ist, in dem unendlich großen vollständig leeren Gang des Souterrain im Bezirkskrankenhause einen kleinen Platz für den Schlauchkarren abzuschranken. Es liegt doch im allgemeinen Interesse, daß Feuerlöschgeräte in einem öffentlichen Gebäude untergestellt werden und nicht in einem Privathause.

J. A. der Bewohner der Parzelle Ziegelhütte

Paul Luz.

Der größte Auswahl in
Kinderwagen, Klapp-Sportwagen
in einfach bis hochfein.
Kindermöbel, Ruhestühle, Koffer und Lederwaren
in gediegener Ausführung kaufen Sie billig bei
Wilh. Bross, Pforzheim,
Ecke Zerrennerstrasse und Baumstrasse.

❖ Weihnachts-Anzeigen ❖

finden im „Enztäler" weiteste und wirksamste Verbreitung.

Die Gemeindebehörden

werden darauf aufmerksam gemacht, daß die **Aenderungsprotokolle zum Primärkataster** rechtzeitig abzuschließen und mit den angefallenen Meßurkunden bis spätestens **31. d. M.** der Bezirksgeometerstelle Calw einzusenden sind. Abschluß und Vorlage des Protokolls hat auch zu erfolgen, wenn keine Meßurkunden angefallen sind.

Neuenbürg, den 11. Dezember 1922.

Oberamt:
Wagner.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Ergebnis der Gemeinderatswahl.

Bei der gestern vorgenommenen Wahl wurden auf die Dauer von 6 Jahren zu Mitgliedern des Gemeinderats gewählt:

1. **Kübler, Karl**, Oberamtspfleger,
2. **Dietrich, Gottlieb**, Graveur,
3. **Ferenbach, Robert**, Schreinermeister,
4. **Beller, Georg**, Fabrikant,
5. **Finkbeiner, Wilhelm**, Gärtler,
6. **Mahler, Eugen**, Bankkassier,
7. **Heiner, Friedrich**, Sensenschmied,
8. **Pfister, Karl**, Kaufmann.

Die Gültigkeit der Wahl kann von jedem Wahlberechtigten innerhalb **einer Woche** nach der öffentlichen Bekanntmachung dieses Wahlergebnisses im Wege der Einsprache beim Gemeinderat angefochten werden.

Den 11. Dezember 1922.

Stadtschultheißenamt: Knodel.

Gemeinde Gräfenhausen.

Stammholz-Verkauf.

Aus Abteilung 8 Vorderer Riegertswasen kommt am

Dienstag, den 19. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr,

im Rathaus zum Verkauf:

176 St. Tannen 1. bis 5. Klasse mit 193 Fm., 7 Stück Eichen mit 5 Fm.

Abfuhr ganz günstig.

Zahlungsbedingung: 1 Viertel des Gesamtkaufpreises bar am Tage des Zuschlags, ein weiteres Viertel 1 Monat und der Rest zwei Monate nach dem Zuschlag.

Schriftliche Angebote zu den Landesgrundpreisen vom 1. November 1922 sind zur vorgenannten Zeit beim Schultheißenamt einzureichen.

Den 11. Dezember 1922.

Schultheißenamt.

Stimmzettel,
sowie
Wahl-Umschläge
für die Gemeinderatswahl
liefert schnellstens die
C. Meeh'sche Buchdruckerei, Neuenbürg
(Inh.: D. Strom.)

Gemeinde Igelsloch.

Stammholz-Verkauf.

Am **Donnerstag, den 21. Dezember 1922** kommen auf dem Rathaus im schriftlichen Aufstreich aus dem hiesigen Gemeindewald Abt. 1, Hinteres Kreuth zum Verkauf:

a) **Forchen:** Festm.: 4,07 II., 5,26 III., 2,50 IV., 2,42 V. Klasse;

b) **Tannen:** Festm.: 3,19 I., 2,15 II., 13,59 III., 6,28 IV., 3,59 V. Klasse,

zusammen 43,15 Fm.

Die verschlossenen, vom Bieter unterzeichneten Angebote wollen in Prozenten der Landesgrundpreise vom 1. Nov. 1922

spätestens am 21. Dezember, nachmittags 2 Uhr,

beim Schultheißenamt, Rathaus, eingereicht sein.

Zahlungstermin: Einen Teil sofort, das weitere in vier Wochen.

Igelsloch, den 9. Dezember 1922.

Gemeinderat.

Althengstett.

Nadelstammholz-Verkauf

am Montag, den 18. Dezember 1922,
vormittags 9 Uhr,

285 Fm. Nadelstamm- und Sägholz
(Fi., Ta., Fo., I.—V. Kl.).

Schriftliche Angebote zu den Landesgrundpreisen vom 1. November 1922 sind spätestens bis zu obigem Zeitpunkt beim Schultheißenamt einzureichen, wo auch die Verkaufsbedingungen eingesehen werden können. Auszüge erteilt Waldmeister Breitling hier.

Gemeinderat.

Kursbericht der Firma
Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.
11. Dezember 1922.

Devisen: Amtl. Mittelkurse:	
Amerika	8520
Holland	3370
Schweiz	1586
England	88525
Frankreich	596
Festverzinsl. Staatspapiere:	
5% Dt. Reichsanleihe	7 1/2
4% „ „	400.—
3½% „ „	260.—
3% „ „	1 00
Dtsch. Sparprämienanleihe	180.
4% Württ. Staatsanleihe	93.—
3½% „ „ v. 1875	93.—
3½% „ „ versch.	75 98
3% „ „	125.
Stadtanleihen u. Pfandbriefe:	
4% Stuttg. Stadtanl.	100.—
3½% „ „ v. 1877—80	77.—
3½% „ „ von 1904	70.—
4% W. Hyp.-Pfdbf.	101—105.—
3½% „ „	90—95

Industrie-Aktien:	
Hapag-Aktien	7950.—
Nordd. Lloyd-Aktien	4000.—
Deutsche Bank-Aktien	5700.—
Disconto-Com.-Anteile	3400.—
Rhein. Creditbank-Akt.	1500.—
Württ. Vereinsbank-Akt.	1690.—
Badische Anilin-Akt.	14500.—
Höchster Farbwerke Akt.	12000.—
Bochumer Guß-Akt.	25000.—
Dt.-Luxemb. Bergw. Akt.	20000.—
Harpener Bergbau-Akt.	66500.—
Benz-Motoren-Akt.	4000.—
Daimler-Motoren-Akt.	4700.—
Badenia-Maschinenfbk.-Akt	3000.—
Heidelberg. Cementw.-Akt.	7200.—
Köln-Rottweiler	11200.—
Gebrüder Junghans-Akt.	3800.—
Salzwerke Heilbronn Akt.	16900.—

Verloren

ging Sonntag nachmittag von der Wildbaderstraße nach dem Rathaus eine weiße **Kette**.

Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung in der „Enztäler"-Geschäftsstelle abzugeben.

Neuenbürg.
Tüchtiger, selbständiger

Bauschlosser

kann sofort eintreten.

Eugen Finkbeiner,
Schlossermeister.

Für alle Liebe und Teilnahme, die ich beim Hinscheiden meines geliebten Mannes

Otto Hampp

erfahren durfte, bitte ich, nur auf diesem Wege herzlichst Dank sagen zu dürfen.

Frau **Anne Hampp**, geborene Gerwig.

Herrenalb, den 10.-12. 22.

Junger, solider Herr sucht **möbliertes**

Zimmer.

Zu erfragen in der „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Leistungsfähige Großfirma der **Lebensmittelbranche**, die hierin auch Generalvertretungen inne hat, **vergibt** für hies. Oberamtsbezirk ihre

Vertretung

bezw. Unter-Vertretung und richtet evtl. eine

Verkaufsniederlage

in Speisesalz, Viehsalz, Viehlecksteinen u. a. ein. Interessenten wollen ihre Bewerbung einreichen. Solche, die gegebenenfalls die Verkaufsniederlage übernehmen wollen, sollten über Lagerräume und Kapital verfügen. Angebote unter **S. P. 4130 an Rudolf Mosse, Stuttgart.**

Feldrennach.
Ein starkes

Läufer-Schwein

hat zu verkaufen

Ernst Brodbeck

Spurlos verschwunden

sind alle Hautunreinigkeiten u. Hautausschläge, wie Blütchen, Mitesser usw. durch täglichen Gebrauch der echten

Steckenpferd-Teerschwefel-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul
à St. 1.- d. Apoth., Drog. u. Parfümerie

In Neuenbürg: A. Lautenauer Nfg., Karl Mahler, Seifenfabrikant.

Neuenbürg.

Zugelaufen

sind **zwei Enten** und können dieselben abgeholt werden bei **Gotth. Mauthe**, mech. Werkstätte.

Neuenbürg.

Wir stellen nächstes Frühjahr wieder einige kräftige

Lehrjungen

ein. Schriftliche Meldungen wollen unter Beifügung von Schulzeugnissen spätestens bis **1. Januar 1923** gemacht werden.

Beller & Fischer,
Maschinenfabrik.

Kalender

für die württemb. und hohenzoll. Landwirtschaft
herausgegeben von der Württ. Landwirtschaftskammer und dem Landw. Hauptverband Württemberg und Hohenzollern.

Enthält eine Menge wichtiger Aufsätze und anderer, den Landwirt berührenden Artikel. Als Erzählung „Vom Hofe welcher unterging", eine Sozialisierungsgeschichte über falsche Propheten mit einem Ausgang, der sowohl für Unternehmer wie Beschäftigter die Nachteile derartiger verderblicher Experimente beleuchtet.

Zu haben zum Preise von **30 Mark** in der

C. Meeh'schen Buchhandlg., Neuenbürg
(Inh.: D. Strom.)